

[05.11.2009]

Das Wort den Parteien

Mit Energie geht es weiter

Nachdem das Parlament der DG durch die Einleitung des Interessenkonflikts dazu beigetragen hat, dass eine Staatskrise vorerst verhindert werden konnte, geht es mit viel Energie weiter.

Klimaschutz und der nachhaltige und sorgsame Umgang mit unseren Rohstoffen stand im Fokus der Eifelkonferenz am vergangenen Wochenende. Unsere Energieressourcen sind knapp und erschöpflich mit nicht absehbaren Konsequenzen für Mensch und Natur. Die Förderung und Forderung erneuerbarer Energiequellen (Sonne, Wasser, Bioabfälle, Wind, Holz, Erdwärme...) betrifft daher jeden Konsumenten, auch die Bürger in der DG. So konnte Mann und Frau am Samstag bei der Besichtigung modellhafter Anlagen erneuerbarer Energien miterleben, wie z. B. durch Hackschnitzelheizungen und Solarzellen Wärme und Strom nachhaltig produziert werden können. Auffällig war jedoch, dass die teilnehmenden Regionen NRW und Rheinland-Pfalz, die neben der DG Teil der Zukunftsinitiative Eifel sind, anlagetechnisch weit aus mehr zu bieten haben als unsere kleine Gemeinschaft. Doch wir befinden uns auf dem richtigen Weg. Am Freitag unterzeichnete auch die DG in Person von Oliver Paasch eine selbstverpflichtende Leitlinie mit dem Titel »Der Klimaschutz als Motor für mehr Wettbewerbsfähigkeit«. Die Herausforderung heißt, die DG zu einer Modellregion für erneuerbare Energien mit einem hohen Energieselbstversorgungsanteil zu entwickeln. Die Zukunftsinitiative Eifel bietet dabei die einzigartige Möglichkeit, von unseren Nachbarn zu lernen. Dass die Produktion erneuerbarer Energien durchaus eine neue, einträgliche Einnahmequelle darstellen kann, machen die zahlreichen Anlagen, die am Wochenende ihre Tore öffneten, deutlich. So kann die Nutzung von Bioabfällen zur Energieproduktion (Biogas-Anlagen) maßgeblich dazu beitragen, die Land- und Forstwirtschaft in Zukunft für den Nachwuchs attraktiver zu gestalten. Die Produktion von regenerativen Rohstoffen ist jedoch nur bei intakter Natur möglich. Noch kann die DG diese Natur vorweisen. Die künftigen energiepolitischen Entscheidungen spielen somit eine zentrale Rolle für die Lebensgrundlagen jetziger und künftiger Generationen (saubere Luft, Landschaftsbild). Die Energieversorgung sollte sicher, klimaschonend aber vor allem auch bezahlbar sein. Die ProDG-Fraktion begrüßt daher, dass die Regierung sich verpflichtet hat, alle geplanten Schulbauprojekte nach dem Passivbau-Standard in Auftrag zu geben und den Einsatz klimafreundlicher Technologien durch finanzielle Zuschüsse zu fördern. Eine bessere Schadstoffbilanz lokaler Produkte ist ein eindeutiger Wettbewerbsvorteil. Eine attraktive Region zum Leben ist auch eine attraktive Region für Betriebe und Touristen.

Ein Umdenken ist notwendig. Ein erster Schritt ist getan.

Lydia Klinkenberg, ProDG-Fraktion